

„Denkt an die Gefangenen, als wäret ihr mitgefangen!“

Hebr.13,3

„Verfolgte Christen Aktuell“

Info- und Aktionsbrief des IGFM-Arbeitskreises Religionsfreiheit/Verfolgte Christen 1-2007



Brant Dinks Türkei-Erbe bewahren: Freiheit für Christen und Andersdenkende!

Eine riesige, über 100000 Personen zählende Menschenmenge begleitete am Dienstag, den 23. Januar 2007, in Istanbul die Beerdigung des ermordeten armenischen Schriftstellers Brant Dink und machte damit gleichzeitig die Menschenrechts- und Demokratiebewegung in der Türkei öffentlich sichtbar. Die Menschen hielten schwarze Schilder hoch mit der Aufschrift "Wir sind alle Brant Dink!", "Wir sind alle Armenier!" Diese Aussage sah und hörte man anlässlich Dinks Todes auf zahlreichen Kundgebungen weltweit.

Gleichzeitig war die Beerdigung ein großes Zeugnis für den christlichen Glauben. So konnte der armenisch-orthodoxe Patriarch Mesrob II in seiner Predigt und Brant Dinks Witwe Rakel in einem Brief "an ihren Geliebten" in der vom Fernsehen übertragenen Trauerfeier zahlreiche Verse aus dem Neuen Testament vortragen. Rakel Dink schrieb, dass sie ihren Mann im Himmel wiedersehen werde und drückte ihren Wunsch nach Versöhnung aus. Ausdrücklich bezog sie sich dabei auf Jesus Christus. Mehrere Tageszeitungen druckten Rakels Vortrag ab. Allerdings sympathisierten gleichzeitig türkische Nationalisten mit der Ermordung Dinks, Ausdruck einer im Land ständig vorhandenen nationalistischen Hetze.

Der Mord an Dink am Freitag, den 19. Januar 2007, durch einen 17-jährigen mit entsprechenden Hintermännern aktualisiert die Debatte um die türkische Tabuisierung des Völkermordes an armenischen und assyrischen bzw. aramäischen Christen während des 1. Weltkrieges. Brant Dink, Mitbegründer der türkisch-armenischen Zeitschrift AGOS, vor dessen Redaktionsgebäude in Istanbul Dink erschossen wurde, hatte u.a. den Völkermord an den Armeniern während des 1. Weltkrieges öffentlich aufgegriffen. Die Erwähnung von türkischen Massakern während des 1. Weltkrieges ist ein Tabuthema in der Türkei.



Bild: dpa

Brant Dink wurde am 15. September 1954 im kurdisch dominierten Malatya, Türkei, in einer armenischen Familie geboren, siedelte dann nach Istanbul über, wo er nach der Trennung seiner Eltern in ein armenisches Waisenhaus kam. Nachdem ein Ferienheim für Istanbul-Waisenkinder, das er zusammen mit seiner Frau Rakel leitete, vom türkischen Staat, wie viele andere armenische und christliche Immobilien, Mitte der 80er Jahre konfisziert worden war, gründete er zusammen mit anderen die türkisch-armenische Wochenzeitung AGOS. Diese greift Tabuthemen wie die Diskriminierung der Nichtmuslime, Aleviten und Kurden und die Rechte der Frauen auf. Auch die Behandlung der Ermordung einiger hunderttausender Armenier in den Jahren 1894 bis 1922 war für Dink ein wichtiges Thema.

Dink hatte geschrieben, dass durch den Völkermord "ein Volk, das 4.000 Jahre auf diesem Boden gelebt hat, ausgemerzt worden ist." Er hatte sich selbst wegen eines aufgrund dieser Äußerungen laufenden Gerichtsverfahrens an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewandt und geklagt. Hierzu war zum Zeitpunkt seines Todes noch nicht entschieden.

Dink war bereits in Verbindung mit Artikeln zur armenischen Identität im Sommer 2005 zu einer halbjährigen Bewährungsstrafe wegen "Verunglimpfung des Türkentums" (Art. 301 türkisches Strafrecht) verurteilt worden.

Brant Dinks wichtigstes Anliegen war die Aussöhnung der Armenier mit den Türken. Dazu gehörte für ihn die Übernahme der historischen Verantwortung

durch die Türkei sowie, dass die armenische Seite "ihre vergiftete Blut reinige", wie er sich ausdrückte.

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte in der Türkei hat noch nicht wirklich begonnen. Auch beim umstrittenen Paragraphen 301 (Beleidigung des Türkentums) gibt es noch keine ernsthafte Bewegung. Die ausführliche Berichterstattung türkischer Medien und rund 100000 Menschen auf der Beerdigung eines noch vorher bekämpften Armeniers können ein Anfang sein.

Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk sieht die Hauptverantwortung für den Mord bei denjenigen, die den umstrittenen "Türkentum"-Paragraphen verteidigen und daran festhalten. Trotz EU-Kritik hält die türkische Regierung bisher daran fest.

Türkei: Christen Rechte verweigert - Attacken und Drohungen

Bei einer Rede vor dem Europarat am 22.1.2007 bedauerte der Istanbuler griechisch-orthodoxe Patriarch Bartholomaios erneut staatliche Behinderungen wie die seit 1971 anhaltende Schließung des theologischen Seminars Chalki, Grundbesitzprobleme der Kirchen und die behördliche Ignorierung seines Titels als Ehrenoberhaupt der Weltorthodoxie. Am 18.1.2007 hatte Papst Benedikt gegenüber dem neuen türkischen Vatikan-Botschafter den fehlenden juristischen Status der kath. Kirche in der Türkei erneut angemahnt.

Im ersten Quartal 2007 bekam die christliche Minderheit das Wirken nationalistisch-extremistischer Kräfte in der Türkei deutlich zu spüren. Eine Gruppe

"Türkische Rachebrigade" drohte, das Redaktionsgebäude von Hrant Dinks armenischer Zeitschrift "Agos" in die Luft zu sprengen. Todesdrohungen erhielt der armenische Patriarch Mesrob II, der seit der Ermordung des katholischen Priesters Andrea Santoro am 5.2.2006 in Trabzon wie alle Religionsführer in der Türkei einen Leibwächter der Polizei hat. Militanter islamischer Nationalismus zeigte sich in E-Mail-Morddrohungen gegen den freikirchlichen Pastor Orhan Picaklar in Samsun an der Schwarzmeerküste. Am 28. Januar 2007 wurden die Fenster seiner Agape-Kirche mit schweren Steinen zerstört.

Am 17. März 2007 wurde auf den Gemeinderatsvorsitzenden der syrisch-orthodoxen Kirche in Midyat (Tur Abdin) ein nächtlicher Anschlag verübt. Auf den Hof von Yusuf Türker wurde eine Granate geworfen, die wegen ihrer großen Sprengkraft einen großen Krater verursachte und viele Menschen in Midyat aus dem Schlaf riss. Glücklicherweise kam es zu keinen Personenschäden. Dieser Anschlag war eines von mehreren Attentaten auf Christen in der Südosttürkei. Es ist zu vermuten, dass assyro-aramäische Flüchtlinge im Exil verunsichert werden und davon abgehalten werden sollen, in ihre Heimat zurückzukehren.

thodoxen Kirche in Midyat (Tur Abdin) ein nächtlicher Anschlag verübt. Auf den Hof von Yusuf Türker wurde eine Granate geworfen, die wegen ihrer großen Sprengkraft einen großen Krater verursachte und viele Menschen in Midyat aus dem Schlaf riss. Glücklicherweise kam es zu keinen Personenschäden. Dieser Anschlag war eines von mehreren Attentaten auf Christen in der Südosttürkei. Es ist zu vermuten, dass assyro-aramäische Flüchtlinge im Exil verunsichert werden und davon abgehalten werden sollen, in ihre Heimat zurückzukehren.

"Solidaritätskreis"-Tagung - Freiheit durch Straßburg?

Bei der von IGFM-Vertretern besuchten Tagung des "Solidaritätskreises Tur Abdin" Anfang März 2007 in Augsburg erinnerte der anwesende syrisch-orthodoxe Bischof Mar Philoxenos Saliba Özman aus Mardin an die Notwendigkeit der Unterstützung Europas für die Türkei. Die Türkei müsse dahin kommen, Minderheiten anzuerkennen. Es seien gute Anzeichen der Veränderung da, man müsse aber die "Psyche des Staates" kennen. Die IGFM-Vertreter berichteten dem Bischof vom Computerprojekt für die christlichen Lehrer im Tur Abdin. Auf der Tagung wiederholte der Bischof seinen Wunsch nach einer Hochschulakademie für aramäische Sprache und syrisches Christentum im Kloster Deir Zulfaran, wie er dies bereits beim Türkei-Besuch der IGFM-Delegation im September 2003 gewünscht hatte.

Am 9. Januar 2007 verurteilte der Europäische Gerichtshof in Straßburg die Türkei zu 900.000 Euro Schadenersatz an eine griechisch-orthodoxe Stiftung, deren Immobilienbesitz aus einer Schenkung 1992 zu Unrecht enteignet worden war. Türkischen Medien zufolge dürfte das Urteil Grundlage für rund 900 ähnlich gelagerte Fälle von nicht-muslimischen Minderheiten sein.

An: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

Premierminister der Republik Türkei
Recep Tayyip Erdogan
Basbakanlik
06100 Bakanliklar
Ankara, Türkei

Datum

Per Fax via Botschaft der Republik Türkei: 030 – 27 59 09 15

Exzellenz,

Ihre Aussage "Schüsse auf die Türkei" verpflichtet zu Hrant Dinks Erbe!
Mit Betroffenheit haben wir in Deutschland die Nachricht von der Ermordung Hrant Dinks und ergreifende Berichte über seine eindrucksvolle Beerdigung erhalten. Wir haben mit Dankbarkeit vernommen, dass Sie bei dem Mord von "Schüssen auf die Türkei" gesprochen haben. Allerdings haben wir Sie bei der Beerdigung vermisst. Sie mussten dringend einen Autobahntunnel einweihen.

Zeigen Sie jetzt Mut und sich dem Erbe Hrant Dinks verpflichtet! Schaffen Sie den Strafrechts-Art.301 "Verunglimpfung des Türkentums" ab! Öffnen Sie die Türkei zur unverkürzten Vergangenheitsbewältigung! Stärken Sie die Menschenrechts- und Demokratiebewegung! Öffnen Sie endlich gemäß den Wünschen der Kirchen die seit über 30 Jahren geschlossenen theologischen Seminare der griechisch- und armenisch-orthodoxen Christen und lassen Sie internationale kirchliche Akademien zu! Geben Sie den Christen Eigentumsrechte und stoppen Sie die Enteignungen von Kirchen-Eigentum mit Rückgabe -und Entschädigungsregelungen!

Leiten Sie den Rechtsstatus der Kirchen in die Wege! Erkennen Sie den Patriarchen Bartholomaios in Istanbul als Ehrenoberhaupt der Weltorthodoxie an! Mutige Meinungsfreiheit und das unverkürzte Lebensrecht der Christen sind ein Erbe Hrant Dinks für die Türkei! Haben Sie den Mut, diesen Weg zu gehen!

Name, Anschrift

Unterschrift



Ihre Spende überweisen Sie
bitte unter dem Kennwort
„Religionsfreiheit“
auf folgendes IGFM-Konto:

Taunus-Sparkasse
Konto Nr. 23 000 725
BLZ 512 500 00

Eritrea

Die im Herbst 2006 nach 2 1/2 Jahren Militärlagerhaft freigekommene christliche Sängerin und Gewissensgefangene Helen Berhane soll sich im März 2007 im Sudan befinden (VOM Kanada)

Am 15. Februar 2007 starb der 30-jährige protestantische Christ Magos Solomon Semere 4 1/2 Jahre nach seiner Verhaftung im Militärlager Adi-Nefase aufgrund von Folter und fehlender medizinischer Behandlung. Der eritreische Pastor Iyob Berhe aus der Stadt Mendera ist "Gefangener des Monats Februar 2007". Trotz schwerer Mißhandlungen blieb er bei seinem Glauben. Trotz einzelner Entlassungen gibt es im März 2007 weiter rund 2000 um ihres Glaubens willen Gefangene. Im Januar 2007 gab es insgesamt 68 neue Verhaftungen, darunter 35 junge Soldaten. (Compass)

Nigeria

Am 21. März 2007 lynchten islamische Schüler in der nordostnigerianischen Stadt Gombe die christliche Lehrerin Oluwatoyin Oluwasesan. Sie hatte eine Prüfung in islamischer Religionskunde beaufsichtigt. Als sie einen Schüler beim Abschreiben erwischte, nahm sie ihm die Bücher ab und warf sie außerhalb des Klassenraums auf den Boden. Sie war sich offensichtlich nicht bewusst, dass sich darunter ein Koran befand. Der Schulleiter, der helfen wollte, wurde verprügelt und die Schule teilweise in Brand gesetzt. (idea)

Bangladesch

Eine islamistische Partei will im Parlament ein Blasphemiegesetz durchbringen. Die etwa 1/2 Million Christen unter den 144 Millionen Einwohnern müssen an hohen Feiertagen und bei größeren Veranstaltungen Polizeischutz anfordern, so der katholische Bischof von Khulna im Süden des Landes gegenüber Misereor.

Indien

Als Pastor Matthew am 11. März 2007 zu seinem Haus in Bangalore (Bundesstaat Karnataka) zurückkehrte, wurde er von drei Männern überfallen und verletzt. Der Vorfall wird als Reaktion auf den Aufbau einer Gemeinde im Dorf Cholanayakanahalli zurückgeführt.

Am 13. März 2007 wurde eine protestantische Kirche im Dorf Tadiparti (Bundesstaat Andhra Pradesh) durch militante Hindus verbrannt

(vgl. Global Council of Indian Christians)

Gefangener des Monats März: Pastor Dimitry Shestakov



Andijan/Oslo (idea) - In Usbekistan ist der pfingstkirchliche Pastor Dimitry Shestakov wegen religiöser Aktivitäten zu vier Jahren innerer Verbannung verurteilt worden. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea hatten den 37-jährigen Gemeindeleiter der "Kirche des vollen Evangeliums" zuvor als "Gefangenen des Monats März" benannt und zur Unterstützung für ihn aufgerufen.

Pastor Dimitry Shestakov war am 21. Januar 2007 von der Geheimpolizei in einem Gottesdienst in der Stadt Andijan im Osten des zentralasiatischen Landes verhaftet worden. Wie der auf Ostkirchen spezialisierte Informationsdienst "Forum 18" (Oslo) berichtet, war Shestakov

wegen illegaler Organisation sozialer oder religiöser Organisationen, wegen Verbreitung religiös-extremistischer Materials sowie wegen des Anfachsens ethnisch, rassisch oder religiösen Hasses angeklagt. Der Hauptgrund: Er soll Muslime missioniert haben. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre Haft beantragt. Das schriftliche Urteil liege noch nicht vor. Auch stehe der Verbannungsort, an dem der Verurteilte in Isolation leben muss, noch nicht fest. Shestakov habe während des gesamten Verfahrens seine Unschuld beteuert. Trotz der Tränen seiner Frau und seiner drei Kinder vergebe er seinen Verfolgern, sagte er in seinem "letzten Wort".

Laut Forum 18 hat es während des Gerichtsverfahrens, das vom 19. Februar bis zum 9. März dauerte, Unregelmäßigkeiten gegeben. Bereits im Juni vorigen Jahres hatten ihn die Behörden des Hochverrats angeklagt. Er hatte sich geweigert, eine Liste von Kirchenmitgliedern herauszugeben. Danach tauchte er mit seiner Familie mehrere Monate unter. Die IGFM hat dazu aufgerufen, in Schreiben an Staatspräsident Islam Karimow, um eine Freilassung des Pastors zu bitten. Von den 25,6 Millionen Einwohnern Usbekistans sind 84 Prozent Muslime, 15 Prozent Nichtreligiöse und etwa ein Prozent Christen.

Bitten Sie den usbekischen Präsidenten Karimow um Freiheit für Pastor Shestakov. Musterbriefe bei der IGFM und unter www.idea.de erhältlich.

Ebenso weitere Gefangene unter www.idea.de und www.igfm.de

President Islam Karimow

ul. Uzbekistanskaia, 43

Rezidentsiya Prezidenta, Prezidentu Karimovu I.A.

700163 g. Tashkent Respublika Uzbekistan

Telefax: (00 998) 71-139 5325

E-Mail: presidents_office@press-service.uz

Irak

Islamisten fordern Steuern für Christen: das berichtet die arabische Internetseite des chaldäischen Patriarchats in Bagdad. Die Milizen in Bagdad und Mosul wollen die sogenannte "Jizya" wieder einführen. Diese Abgabe garantierte bis 1918 im Osmanischen Reich den nicht-muslimischen Untertanen ihre Glaubens- und Kultfreiheit.

(vgl. asianews)

Termine

Kirchentag: Die IGFM ist auf dem 31. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 6. Juni bis 10. Juni 2007 in Köln mit einem Info-Stand und einer Informationsveranstaltung am 8. Juni über verfolgte Christen vertreten.

Radio Horeb: 15. Mai 2007 um 10 Uhr IGFM-Sendung: Fünf Jahre Christenverfolgung in Eritrea

Pakistan: Bischof Joseph Coutts Todesdrohungen...

Der katholische Bischof von Faisalabad, IGFM-Kuratoriumsmitglied Joseph Coutts, ist aufgrund seines Einsatzes zur Förderung des interreligiösen Dialogs zur Zielscheibe muslimischer Extremisten geworden. Seit Dezember 2006 erhält er Morddrohungen.

Bischof Joseph Coutts hatte u. a. im September 2006 nach der Regensburger Papstrede islamische Religionsführer zur richtigen Interpretation der Ansprache eingeladen. Nach Angaben von AsiaNews haben sich die Beziehungen zwischen Christen und Muslimen in Faisalabad, der drittgrößten Stadt des Landes, in den vergangenen Jahren verbessert.

"Ich werde mich nicht einschüchtern lassen, sondern die interreligiösen Tätigkeiten weiterführen, um zwischen den Angehörigen der verschiedenen Religionen im Land zu einem sozialen Ausgleich und zum Frieden zu kommen", betonte Coutts gegenüber der Organisation "Kirche in Not".

Bischof Coutts wies darauf hin, dass die hohe Gewaltbereitschaft von Seiten verschiedener extremistischer muslimischer Gruppierungen "früher so nicht existiert" habe; sie sei für die pakistanischen Katholiken etwas völlig Neues.

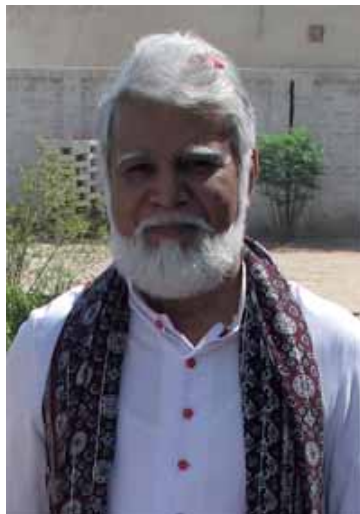


Bild: Kirche in Not

und Menschenrechtspreis

Auf Vorschlag der IGFM bekommt Bischof Coutts am 23. Juni 2007 den Shalom-Menschenrechtspreis der Universität Eichstätt.

Die IGFM und mit ihr Joseph Coutts bedanken sich für die ermutigenden Zusendungen für die in Faisalabad wegen angeblicher Blasphemie zu mindestens zehn Jahren verurteilten James und Buta Masih. U. a. haben 15 Schwestern des Lourdesklosters in Münster ein Schreiben geschickt.

In der Mail von Bischof Coutts vom 6.3.2007 an die IGFM heißt es: "Ich habe die Solidaritätsschreiben von vielen Menschen für James und Buta Masih erhalten. Ich werde die Briefe sehr bald an die beiden weiterleiten. Dank an alle guten Leute, die ihre Unterstützung und Solidarität gezeigt haben."

Drücken auch Sie Bischof Coutts angesichts der Todesdrohungen und seines Kampfes für Verständigung und Menschenrechte Ihre Unterstützung aus !

An: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

Bischof Joseph Coutts
Faisalabad

Datum

Exzellenz,
über die IGFM haben wir von Ihrem Kampf für Verständigung und Menschenrechte in Pakistan erfahren.
Ebenso von Todesdrohungen islamischer Extremisten gegen Sie.
Wir sichern Ihnen von Deutschland aus unsere Unterstützung und unsere Gebete zu.

Name, Adresse

Unterschrift

Aus Rache der Blasphemie bezüglich

Martha Bibi, eine christliche Händlerin aus der Nähe von Lahore, die auf der Rückgabe von Baumaterialien bestand, die sie für den Bau einer Moschee ausgeliehen hatte, wurde am 23.1.2007 wegen Blasphemie angezeigt und in Polizeigewahrsam genommen. Bei einer Verurteilung wegen Beleidigung des Islam droht der fünffachen Mutter nach den in Pakistan geltenden Gesetzen die Todesstrafe.

Die Christen Kingri Masih und Anwar Kenneth sitzen seit 2002 wegen angeblicher Blasphemie in der Todeszelle.

Die IGFM fordert Präsident Pervez Musharraf weiter zur Abschaffung des wie eine Guillotine für Nichtmuslime wirkenden Blasphemiegesetzes auf.

Freilassungen

Ranjha Masih, der 1998 wegen angeblicher Blasphemie inhaftiert und später zum Tode verurteilt worden war, wurde in dritter Instanz nach acht Jahren Haft Ende 2006 freigesprochen.

Am 19. Januar 2007 wurde der 28-jährige Shabaz Masih, "Gefangener des Monats Oktober 2004", nach 5 1/2 Jahren Haft in der psychiatrischen Abteilung des Bezirksgefängnisses von Faisalabad wegen Geistesgestörtheit und fehlender Tatzeugen entlassen. Er soll mit Koransseiten bedruckte Seiten zerrissen haben.

Ebenso kam am 19. Januar der 17-jährige Shahid Masih auf Kaution frei und tauchte unter. Ihm wurde ebenfalls Koranschändung vorgeworfen.

Impressum

Herausgeber:
Internationale Gesellschaft
für Menschenrechte
Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0,
Fax : 069 - 420 108 33
e-mail: info@igfm.de.
Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684
Sektion Österreich:
Untere Augartenstr. 21, A-1020 Wien
Tel. 0043-1-332 9543 Fax. 0043-1-3306268
Sektion Schweiz:
Birkenweg 1, CH-2660 Nidau
Tel. 0041-32-331 7557 Fax.0041-32- 331 5761
Verantwortlich: Karl Hafen
Redaktion: Walter Flick, Karl Hafen
Druck: MDV-Druck GmbH, Merzig
Satz und Layout: Angelika Kleine

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein.